



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld, vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13003.

Anserte kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Anserten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Anserten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Beginn einer russischen Offensive.

Die neuesten Meldungen.

Die Friedensarbeit der russischen Arbeiter.

Petersburg, 1. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats. Heute nachmittags sind Mitglieder des Volksgangschusses als Abgeordnete der Arbeiter und Soldaten ins Ausland abgereist. Das nächste Ziel ist Stockholm. Dann wird ein Teil der Abordnung nach England, Frankreich und Italien gehen. Die Abgeordneten sind ermächtigt, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats und des Volksgangschusses in Vorgesprächen mit allen sozialistischen Parteien einzutreten.

Meuterei russischer Regimenter.

Stockholm, 2. Juli. Die Agitation gegen Kerenski hat auch auf die Armeelagerungen übergriffen. Petersburgische Blätter geben übereinstimmend Agenturnachrichten wieder, nach denen sich zahlreiche Regimenter der Wehrmacht der Wehrleitung widersetzen. So wird aus Tambow gemeldet, daß die Soldaten eines zur Front beorderten Regiments forderten, daß sie sofort Heimurlaub haben wollten, andererseits würden sie diese Forderung mit Waffengewalt durchsetzen. Ein anderes zu den Reservegruppen gehöriges Infanterieregiment weigerte sich ebenfalls, an die Front abzugehen. (Kont.-Anzeiger.)

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 1. Juli. (Stefani.) In der Kammer legte Bosselli zu Beginn der öffentlichen Sitzung: Wenn das Land der Wehrpflicht befreit wäre, würde es sich gefreut haben, denn die Kammer zeigte sich fortwährend von der glühendsten Vaterlandsliebe und Eintracht befeuert. Die Ziele der Regierung und des Parlamentes wurden neuerdings bekräftigt und verstärkt. Die Ziele und Methoden unserer auswärtigen Politik fanden volle Zustimmung im Parlament. Es geht aus der Vespredung die gemeinsame Absicht hervor, die hohe Kraft des nationalen Geistes mit der Achtung vor den politischen Freiheiten hochzuhalten. Was die militärische Politik betrifft, so zeigte das Parlament den festen Glauben an den endgültigen Sieg der Alliierten. Es wurde bestätigt, daß die Beziehungen zwischen der Regierung und der obersten Wehrleitung die besten sind. Die Regierung wendet sich nochmals an die Einigkeit aller Italiener. Namens dieser Einigkeit verlangt sie von der Kammer das Vertrauen gegenüber der Regierung, die durch ihre Zusammensetzung die nationale Einheit darstellt. In diesem Augenblick hält es die Regierung nicht für nötig, einen besonderen Kriegsausbruch zu bilden. Die Regierung wird fortfahren, alle Kräfte der möglichst kräftigen Fortführung des Krieges bis zum Siege zuzuwenden. Sie wird fortfahren, sich mit den Familien der Kämpfer zu befassen und wird die wirtschaftlichen Fragen lösen, die das nationale Leben angehen, so insbesondere das Problem der Handelsmarine. Die Regierung wird vor allem den festen Widerstand des Landes organisieren, bis der einzig mögliche Friede geschlossen werden kann, nämlich derjenige, der die nationalen Rechte anerkennt. Aus diesen patriotischen Gefühlen schöpfe ich die Kraft, in meiner Stellung anzuharren. — Nach Annahme der Tagesordnung war die Sitzung geschlossen.

Ein französischer Dampfer gesunken.

Paris, 1. Juli. (B. T. N.) Havas meldet: Der Dampfer Himalaya, 3020 Br.-M., der Passagier maritime, ist am 12. Juni bei Tagesanbruch infolge einer Explosion untergegangen. Er hatte 201 Personen an Bord, von denen 170 gerettet wurden.

Lebensmittelmangel in Afrika.

Basel, 2. Juli. Aus dem letzten abgehaltene Jahresbericht einer Schweizer Gesellschaft sind jene Stellen über die Goldküste von Togo und Kamerun von Interesse. Es heißt darin: Aus Togo und Kamerun berichtet Inspektor Dettli: Auch der Negervolk der Goldküste spürt den Krieg empfindlich. Da keine Beförderungsmittel vorhanden sind, leidet der ganze Akaohandel darunter. Die Lebensmittelpreise steigen unablässig; da und dort ist sogar Feuerung eingetreten. Interessant ist das Unternehmen einiger Dampfkessel, die zusammen einen Appell an die Kriegführenden richteten, sie müßten Frieden haben, sie (die Dampfkessel) wollten gern aus dem Elend für den Aka die Kriegskosten bezahlen. Da und dort gibt es gegen die Regierung (gemeint ist England); überall werden Symptome des nationalen Erwachens bemerkbar. (Frankf. Zeitung.)

Die deutschen und die österreichischen Tagesberichte vom 30. Juni und 1. Juli befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Lloyd George über die Kriegsbedingungen.

Der englische Premierminister Lloyd George hat in diesen Tagen zwei Reden gehalten. In Glasgow führte er aus, daß an England kein Anteil der Verantwortung für den Krieg liegen bleibe. England sei jeden Tag in Verwicklungen, Schwierigkeiten und Sorgen hineingeraten, aber sie würden überwunden werden. Die überraschende Entwicklung von Rußland habe zweifellos zeitweise die Lage zumungunsten der Alliierten verändert. Was an der Westfront geschehen sei, zeige, was in diesem Jahre hätte vollbracht werden können, wenn alle Kräfte der Alliierten bereit gewesen wären, auf alle Seiten einen Druck auszuüben. Die russische Revolution habe den völligen Sieg verzögert, aber sie habe ihn zu einem sicherer denn je gemacht. In der Friedenskonferenz würden die russischen Vertreter als Vertreter eines freien Volkes teilnehmen. Die Anstrengungen der Alliierten hätten verhütet, daß eine Katastrophe die Demokratie der Welt verhängen habe. Die Kraft Britanniens habe noch einmal Europa die Freiheit gerettet. Jetzt nehme Rußland mit jedem Tage an Kraft zu, Amerika bestimme seine tapfersten Söhne auf die Schlachtfelder Europas zu schicken, daher sei der Sieg sicherer und vollständiger als man gehofft habe. Lloyd George besahe sich dann mit den Kriegsräten der Alliierten zusammen, die zwar schwere Verluste erlitten, aber es seien Vorkehrungen getroffen worden, um ihre Gefährlichkeit lahmzulegen. Das englische Heer sei unbesiegt. Der Krieg würde zu Ende sein, wenn die Alliierten das Ziel erreicht hätten, das sie sich gesteckt hatten, als sie die Herausforderung Deutschlands annahmen. Jetzt könnten die Alliierten für einen gewissen Preis Frieden haben, denn Deutschland brauche Frieden. Aber das sei ein Friede, der Deutschlands die wirtschaftliche und sonstige Aussicht über die Länder geben würde, die es besetzt habe. Was aus Mesopotamien werden solle, müßte der Friedenskonferenz überlassen bleiben. Bei den deutschen Kolonien müßten die Wünsche der Einwohner andachtsgebend sein. Sei auf deutscher Seite irgendein Wunsch vorhanden, sich mit den Hauptbedingungen abzusinden? Lloyd George sagte weiter:

Der österreichische Ministerpräsident hat seinen entschiedenen Grundsat abgelehnt, daß das Schicksal der Völker nach deren eigenen Wünschen gestaltet werden muß. Aber solange das nicht erreicht wird, gibt es keinen Frieden, oder wenn wir Frieden hätten, so gäbe er keine Gewähr für seine Dauer. Ein Friede auf billiger Grundlage würde von den Völkern nicht geachtet werden. Für einen dauernden Frieden liegt die Gewähr in der Vernichtung der militärischen Macht Preussens. Die beste Gewähr würde die Demokratisierung der deutschen Regierung sein. Niemand will den Deutschen die Art ihrer Regierung vorschreiben, aber wir würden mit einem demokratisierten Deutschland in ganz anderem Geist, Haltung und Bestimmung in Unterhandlungen eintreten als mit einem, das von dem aggressivsten und anmaßendsten Geist des preussischen Militarismus beherrscht wird, und die Regierungen der Alliierten würden sich handeln, wenn sie diese Unterwerfung in ihrer allgemeinen Haltung in jeder Erwägung über Friedensbedingungen vornehmen würden.

In dieser Rede führte Lloyd George noch aus, daß kein deutscher Staatsmann bisher gesagt habe, daß die Unabhängigkeit Belgiens wieder hergestellt werden sollte. Keine deutsche Rede drückte sich deutlich über „die Lehre vom Status quo, ohne Annexion und ohne Schadloshaltung“ aus. Es sei keine Nachsicht, wenn man Schadloshaltung verlange, sondern daß sei ein wesentlicher Teil des Mechanismus der Zivilisation jedes Landes. Dasselbe gelte für Serbien.

In der zweiten Rede, in Dundee, sagte der Premier, daß die Engländer die gewaltige deutsche Armee unter die Erde getrieben hätten. Die Eingetretene der Nationen sei nötig, um den Sieg gegen den gemeinsamen Feind zu sichern. Die politischen Grundsätze von 1870 seien die Grundsätze, die die Alliierten bekämpften. Sie kämpften für die Rechte der Menschen und ihres Menschentums und sie würden siegen. In einem solchen Kampfe gebe es viele Entmutigungen und Enttäuschungen und das Ende möge in die Ferne getückt scheinen, aber er könne sagen, daß aus einem kalten Winter die Frühlingszeit hervorgehen werde.

Die wichtigsten Stellen in der Rede Lloyd Georges sind die über den künftigen Frieden. Wenn seine Worte richtig wiedergegeben worden sind, so hat er erklärt, daß die Gewähr für einen dauernden Frieden in der Vernichtung der militärischen Macht Preussens liege, und daß die beste Gewähr die Demokratisierung der deutschen Regierung sein würde. Offenbar ist zwischen diesen beiden Sätzen noch andres gesagt worden, was wir vielleicht in einigen Tagen erfahren

werden. Jedenfalls sehen wir, daß die Demokratisierung Deutschlands jetzt die Forderung ist, die von allen Ententestaaten immer entschiedener gestellt wird, und wir hören schon, wie die bürgerliche Presse wieder sagen wird: die innere Gestaltung Deutschlands geht auch nichts an, das ist unsre Sache ganz allein.

Wir als Sozialisten können in diesen Ruf nicht ohne weiteres einstimmen. Wir, die wir selbst seit langem immer dringender die Demokratisierung Deutschlands gefordert haben, wissen, wie sehr die ähner Politik und die Kriegspolitik von den Verhältnissen im Innern abhängig sind. Wer der Ansicht ist, daß ein vollkommen durchgeführtes parlamentarisches Regierungssystem mit Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Parlament und vielleicht den Frieden hätte erhalten, sicher den Krieg hätte abkürzen können, dem kann dies Kriegsziel der Entente kein Hindernisgrund für den Frieden sein. Tatsächlich ist in Deutschland und in Österreich-Ungarn in der Reihe der kriegführenden Mächte das demokratische Prinzip am geringsten durchgebildet, nachdem Rußland das Hoch des Zerfalls abgeworfen hat.

Gewiß, wir sind auch der Ansicht, daß die Demokratie von innen heraus erkämpft werden muß, wenn sie bleibenden Bestand haben soll; aber wir vermögen deshalb die Forderung der Demokratie nicht als unangehörig zu bezeichnen, wenn sie gleichzeitig auch von draußen erhoben wird. So wie die Dinge liegen; wird die Mehrzahl des arbeitenden Volkes in Deutschland erst dann volles Vertrauen in die Leitung seiner inneren und äußeren Angelegenheiten haben, wenn ihm selbst das größte Mitbestimmungsrecht gegeben wird, das das allgemeine Wahlrecht allein noch nicht verleiht. Und draußen glaubt man nicht an die Stetigkeit eines Friedens, solange man weiß, daß das Volk und seine Vertreter nicht gefragt werden, wenn gewisse Gruppen sich eine Lösung der Konflikte nur mit den Waffen in der Hand vorstellen können und alles eilig von der Auslosigkeit friedlicher Verhandlung überzeugt sind.

Den Frieden sehen heute bis auf eine bestimmte Schicht jeder herbei. Wer ihn beschleunigen will, muß die Demokratisierung unserer Politik fordern, nicht kleine Zugeständnisse auf diesem oder jenem Gebiete, sondern eine völlige Umwandlung des Regierungssystems, das allein erst den Parteien das volle Gewicht neben einer stark vergrößerten Verantwortlichkeit gibt. Diese Forderung erheben wir, nicht weil unsre Gegner sie als Vorbedingung zum Frieden stellen, sondern weil wir selbst von jeder überzeugt sind, daß nur dann das Volk die Möglichkeit hat, die Durchführung der Politik nach seinen eigenen Wünschen zu erkämpfen.

Was schließlich die Bemerkungen Lloyd Georges über Belgien angeht, so beweisen sie aufs neue, wie nötig eine offizielle und unmissverständliche Auserkennung der deutschen Regierung über ihre Auffassung zu diesem Punkte ist. Wir sind der Ansicht, daß Belgien ein Recht auf seine volle Unabhängigkeit hat, wie jedes andere Volk. Will man den Krieg verlängern in der Hoffnung auf eine Verminderung der hieraus entstehenden Kosten, so erweist man sich — von allem andern abgesehen — als schlechter Rechner. Die Kosten des verlängerten Krieges werden immer höher sein als die, die ein ge- rechter und dauernder Friede uns anferlegt.

Die Unabhängige Partei in Stockholm.

(Wir sind leider genötigt, den nachfolgenden Bericht über die Stellungnahme der deutschen Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie auf der Stockholmer Vorkonferenz dem Berliner Tageblatt zu entnehmen, da unser eigener Bericht aus unbekanntem Gründen bisher noch nicht eingegangen ist.)

Ueber die bisherige Tätigkeit der Unabhängigen Partei ist dem Skandinavisch-Holländischen Komitee ein Bericht übergeben worden, dem eine Denkschrift folgte. Die Delegation hatte auch Unterhandlungen mit russischen Genossen verschiedener Richtungen. Mit dem Komitee der Zimmerwald-der einigte man sich über die Abhaltung einer Vorkonferenz. Ueber die Friedensfrage sprachen vor dem Skandinavisch-Holländischen Komitee die Genossen Haase, Bernstein und Kantow.

Haase gab einen geschichtlichen Überblick über die Tätigkeit, die die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie vom Beginn des Krieges an für den Frieden entwickelte, und zeigte an der Hand des Urkundenmaterials wie die Opposition von Anfang an für diejenigen Forderungen kämpfte, die